

## **Tumulte im Göttinger Stadtrat wegen Roma-Abschiebung**

Göttingen (epd). Eine Debatte über die gescheiterte Abschiebung und das Untertauchen zweier Roma-Familien aus Göttingen hat am Freitagabend zu Tumulten im Stadtrat geführt. Nach lautstarken Protesten von rund 100 Zuschauern musste die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen werden. Die beiden Familien leben seit 17 Jahren in Deutschland - zwölf ihrer 13 Kinder wurden hier geboren. Nachdem Gerichte ihre Anträge auf Abschiebeschutz abgewiesen hatten, sollten sie am Mittwoch ausgewiesen werden. Die Roma hatten ihre Wohnungen jedoch vorher verlassen.

In der Ratssitzung forderten Grüne, Piraten und Linke die Stadtverwaltung und Göttingens Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) auf, den Familien eine weitere Duldung für zunächst ein Jahr zu erteilen. SPD, CDU und FDP setzten jedoch mit Mehrheit durch, dass der Antrag von der Tagesordnung gestrichen wurde. Dagegen protestierten Zuschauer, in dem sie Transparente entrollten und Sprechchöre anstimmten. Mehrere Ratsherren verließen aus Protest gegen die Absetzung des Themas den Saal und schlossen sich einer spontanen Demonstration an.

Dabei bezeichnete es der Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, als „unendliche Schande, deutsche Kinder zu deportieren“. Göttingen mache sich „zum Erfüllungsgehilfen einer unmenschlichen Politik“ gegenüber langjährig geduldeten Flüchtlingen und nehme dort geborenen und aufgewachsenen deutschsprachigen Kindern jegliche Zukunft. Wie das „Göttinger Tageblatt“ in seiner Samstagsausgabe berichtet, hat Oberbürgermeister Köhler gegen Zülch Anzeige wegen Beleidigung erstattet, weil dieser ihn als „Verbrecher“ bezeichnet haben soll. (4062/14.02.16)

## **Grüne Jugend Göttingen: Flüchtlinge verstecken**

Göttingen (epd). Nach der gescheiterten Abschiebung und dem Untertauchen von zwei Roma-Familien hat die Grüne Jugend Göttingen dazu aufgerufen, auch andere von einer Ausweisung bedrohte Flüchtlinge zu verstecken. „Wir appellieren dabei sowohl an Kirchen als auch an Privatpersonen“, heißt es in einem am Donnerstag verbreiteten Aufruf.

Die Parteijugend forderte außerdem Polizistinnen und Polizisten auf, ihre Teilnahme an „menschenverachtenden“ Abschiebe-Einsätzen zu verweigern. Am Mittwoch hatten mehrere Dutzend Beamte einen Wohnblock in der Göttinger Weststadt durchsucht, in dem die beiden Familien gemeldet waren. Die 17 Familienmitglieder hatten das Gebäude allerdings vorher verlassen. Mit 60 Beamten anzurücken, um 13 Kinder in den Kosovo zu „verschleppen“ sei erschreckend, hieß es. Der Aufmarsch sei dazu geeignet gewesen, „Angst und Schrecken“ unter den Nachbarn zu verbreiten. In der betreffenden Straße wohnen zahlreiche Flüchtlinge. (1258/11.02.16)